

Gen-ethischer Informationsdienst

Gentechnikfreie Regionen

AutorIn
Annemarie Volling

Mehr als 23.000 Bauern haben in den vergangenen zwei Jahren erklärt, dass sie keine Gentechnik auf ihrem Acker wollen. Das ist das Ergebnis der Arbeit unzähliger Aktiver vor Ort. Das Projekt "Gentechnikfreie Regionen in Deutschland" berät Initiativen und bestärkt bestehende gentechnikfreie Regionen.

Seit sich im November 2003 die erste gentechnikfreie Region in Mecklenburg-Vorpommern gegründet hat, ist viel passiert. Mittlerweile haben sich rund 23.000 Landwirte mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von mehr als 805.000 Hektar freiwillig verpflichtet, keine Gentechnik einzusetzen. Sie haben sich zu gentechnikfreien Regionen und Initiativen zusammengeschlossen. Anfang Februar 2006 waren es insgesamt 85 Regionen. Über 1.000 Landwirte erklärten für ihren Hof: "Wir arbeiten ohne Gentechnik". Zusammen mit Landkreisen, Nationalparken und Forsten, die von Besitzern, Eigentümern oder Zuständigen als gentechnikfrei erklärt wurden, ergibt sich so eine Fläche von rund 1,5 Millionen Hektar garantiert gentechnikfreier Bewirtschaftung. Diese Erklärungen sind freiwillige Selbstverpflichtungserklärungen von Landwirten, die sich mit den möglichen Folgen der unkalkulierbaren Risikotechnologie kritisch auseinandergesetzt haben. Sie wollen mit ihrer Selbstverpflichtungserklärung ein Signal für die gentechnikfreie Landwirtschaft setzen. Dieses Signal ist gerichtet an ihre Berufskollegen, aber auch an die Politik und die Verbraucher.

Partnerschaft zwischen Landwirten und Verbrauchern

Angesichts der aktuellen politischen Diskussion um ein neues Gentechnikgesetz zugunsten der Industrieinteressen und der Ankündigung der Unternehmen, dieses Jahr den großflächigen Anbau gentechnischer Sorten zu forcieren und angesichts der ersten drei Sortenzulassungen für insektenresistenten gentechnisch veränderten Bt-Mais MON 810 in Deutschland ist die freiwillige Gründung gentechnikfreier Regionen derzeit die effizienteste Möglichkeit, auch mittel- und langfristig gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion zu gewährleisten. Generell stellt sich die Frage, ob sich eine so genannte "Koexistenz" gentechnisch veränderter Sorten mit dem gentechnikfreien Anbau nicht sehr schnell als unmöglich erweist. Sehr viele Bäuerinnen und Bauern, Natur- und Umweltschützer, Umweltmediziner und Verbraucher sind mehr als skeptisch. Ob im Saatgut oder auf dem Feld, über eine gemeinsame Maschinennutzung bei Aussaat und Ernte, während der Lagerung, dem Transport und der Verarbeitung die Möglichkeiten von Verunreinigungen mit gentechnisch verändertem Material hören keinesfalls am Hoftor auf. Die Gründung gentechnikfreier Regionen fördert die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern und sichert die Wahlfreiheit die freie Entscheidung für Produktions- und Lebensmittel. Gentechnikfreie Regionen erhalten die bäuerliche Unabhängigkeit und sie eröffnen wirtschaftliche

Perspektiven: durch den Erhalt bestehender und die Erschließung neuer Absatzmärkte und Arbeitsplätze.

Qualitätsproduktion der Zukunft

Es wäre eine Farce, wenn sich die deutschen und europäischen Landwirte aufgrund kurzzeitiger Versprechen einer Risikotechnologie ihren derzeit großen Wettbewerbsvorteil nehmen lassen würden, nämlich, den gentechnikfreien Markt in Europa und zunehmend auch in Asien und den USA bedienen zu können. In der EU lehnen mehr als zwei Drittel der Verbraucher Gentechnik in der Lebensmittelerzeugung ab, aber auch in den USA wächst inzwischen die Nachfrage nach GVO-freien Produkten. Die Absatzchancen erhöhen sich, da Hersteller immer genauer auf die Herkunftsgebiete ihrer Ware achten. Trendsetter im Bereich der Lebensmittel sind die Andechser Molkerei und die Upländer Bauernmolkerei, die mit ihrer "Milch OHNE Gentechnik" deutliche Zeichen in Richtung Qualitätsproduktion der Zukunft setzen. Auch viele andere Verarbeiter setzen auf gentechnikfreie Produktion, nicht zuletzt weil der Markt sowohl weltweit agierende Lebensmittelkonzerne als auch die mittelständische Lebensmittelverarbeitung das von seinen Kunden verlangt.

Kein leichtes Jahr

2006 wird für die gentechnikkritische Bewegung kein leichtes Jahr das Gentechnikgesetz wird neu verhandelt. Fraglich ist, welche Interessen hier durchgesetzt werden: die der Industrie oder die einer nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft. Schulen werden mit Materialien der Gentechnikindustrie versorgt. Weiter werden in den nächsten Jahren erhebliche Mittel in Form von Forschungsgeldern in die Entwicklung dieser Risikotechnologie und in eine Kommunikationsstrategie der Industrie gesteckt werden. Letzteres, um den kritischen VerbraucherInnen ihre - berechtigte - Angst und Skepsis auszutreiben. Forschungsgelder, die effizienter und volkswirtschaftlich betrachtet besser in eine nachhaltige, ressourcenschonende, mit der Natur im Einklang stehende Landwirtschaft ohne Gentechnik fließen sollten. Bauern wollen keine Risikolebensmittel produzieren. Sie wollen keine Abhängigkeit von ein paar großen Saatgutmultis und lehnen Patente auf Lebewesen ab. Sie wollen den guten Ruf regionaler Produkte nicht auf's Spiel setzen. Zudem wollen sie nicht die Mehrkosten für Qualitätssicherung tragen, die durch den GVO-Einsatz anderer notwendig wird. All dies stellt eine Existenzbedrohung insbesondere der bäuerlichen Landwirtschaft dar.

Massiver Protest

Anfang Februar waren 1.860 Hektar GVO-Anbaufläche im Standortregister gemeldet das sind 0,11 Prozent der deutschen Maisanbaufläche mit 960 Hektar über 50 Prozent der Flächen in Brandenburg, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (363 Hektar), Sachsen (263 Hektar) und Sachsen-Anhalt (233 Hektar). Wie auch im letzten Jahr gibt es massiven Protest innerhalb der Bevölkerung und der Landwirtschaft. Am 3. März 2006 - dem bundesweiten Aktionstag für die gentechnikfreie Landwirtschaft - wird es in zahlreichen Städten Demonstrationen, Kundgebungen, Volksabstimmungen, Kino-Filme, Bantam-Aktionen, Ausrufung von Gemeinden als gentechnikfreie Kommunen geben

Der Widerstand ist bunt und vielfältig!

Die gentechnikfreie Bewegung ist keinesfalls auf Deutschland beschränkt. In praktisch allen Ländern des Kontinentes regt sich Widerstand: Europaweit haben mittlerweile 160 Regionen (Bundesländer, Departements, Woiwodschaften, Counties, Provinzen) (1), 4.500 Gemeinden und Kreise und zigtausende von Bauern ihr Land zur gentechnikfreien Region erklärt, ganz zu schweigen von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die in ihren Einkaufstüten keine Gentechnik dulden. - Die Schweizer Volksabstimmung Ende November 2005 setzte ein klares Zeichen: ein fünfjähriges Anbau-Moratorium für die Schweiz! Ein breites Bündnis über alle politische Lager von Konservativen bis Grünen, Wissenschaftlern und Bauern ereichte ein Zustimmungsergebnis von 56 Prozent. Ihr überzeugender Ansatz: Sie haben Stadt und Land zusammengebracht. Die Bauern hängten auf ihren Höfen Fahnen mit dem Slogan "Wir produzieren

gentechnikfrei" auf. Die Städter bekannten sich: "Wir genießen gentechnikfrei!" - Der Europäische Gerichtshof (EuGH) lehnte Oberösterreichs Wunsch nach einem totalen Gentechnik-Anbauverbot ab aufgrund formaler Mängel der Kommissionsentscheidung geht Oberösterreich jetzt in Berufung. Da es einer sofortigen Lösung bedarf, setzt Oberösterreich auf ein strenges Vorsorgegesetz, ähnlich wie in Salzburg, Tirol Burgenland und Steiermark. Die Saatgutvermehrungsflächen (GVO-frei) wachsen, die Regionen etablieren strenge Vorsorgegesetze, einzelne Gentechnik-Konstrukte werden verboten (2), immer mehr Verarbeitungsunternehmen kennzeichnen ihre Produkte als "gentechnikfrei" seit Ende Januar gibt es die gesamte Trinkmilch der Tirol-Milch gentechnikfrei. - In Italien lehnen 15 der 20 Regionen und über 2.300 lokale Kommunen die Gentechnik ab. Hier gibt es ein breites politisches Bündnis, weit über Umwelt-, Konsumenten- und Bioverbände hinaus einschließlich der Coop Italia (Italiens größte Supermarktkette), Europas größter Bauerngewerkschaft Coldiretti, dem italienischen Bauernverband und allen (!) politischen Parteien. Italien trotzt den monotonen industriellen Produktionsmodellen, setzt auf lokale Identität, eine unverwechselbare Vielfalt handwerklicher Produktion und kämpft für die Selbstverwaltung der Regionen! -2005 wuchsen in Frankreich 1.000 Hektar illegaler gentechnisch veränderter Mais. Die Bretagne eines der Gebiete mit der intensivsten Viehhaltung Europas setzt auf direkte Kooperation mit Partnern in Brasilien und importiert gentechnikfreie Futtermittel. 2.000 Gemeinden und 17 Regionen sowie die Mehrheit der Bevölkerung und der Landwirte lehnen Gentechnik ab. Freiwillige Schnitter, die angekündigt auf Felder mit GVO gehen, um sie aus Protest zu "ernten", werden in Frankreich stark unterstützt. - Spanien ist das einzige Land in der EU, das seit Jahren in größerem Stil gentechnisch veränderten Mais anbaut. In den kleinstrukturierten Regionen wurde seit 1998 gentechnisch veränderter Mais angebaut, ohne dass die Flächen in einem öffentlichen Register zu finden gewesen wären. Den Genossenschaften kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie verkaufen Saatgut, kaufen die Ernte auf, verleihen Maschinen und beraten die Bauern. Mehrere Bauern mussten ihre Hofsorten nach jahrelangem Nachbau aufgrund gentechnischer Kontamination aufgeben. Auch mit dem neuen Gentechnikgesetz sehen die Bauern weitere Probleme, denn keiner will seinen Nachbarn verklagen. - In Griechenland lehnen alle politischen Parteien und Bauernorganisationen den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Brüssel hingegen hat Griechenlands Vorstoß, 17 gentechnisch veränderte Maissorten komplett zu verbannen, abgelehnt. Aber die griechischen Bauern unter dem Dach von Gesase (Allgemeiner Verband der griechischen Agrarvereinigungen) prüfen ihrerseits eine Klage gegen Syngenta wegen verunreinigten Saatguts. Ein besonderer Clou: Landwirte, die gentechnische Pflanzen anbauen, verlieren den Anspruch auf EU-Fördergelder (siehe auch zu Verboten von gv-Sorten: kurz notiert, "Landwirtschaft und Lebensmittel" in diesem Heft). - In Polen haben sich 14 der 16 Woiwodschaften (Verwaltungsbezirke) als gentechnikfreie Regionen erklärt. Die Internationale Koalition zum Schutze des polnischen Landlebens (ICPPC) hält eine Koexistenz aller Bewirtschaftungsformen für unmöglich. Zusammen mit zahlreichen weiteren Organisationen auch aus anderen europäischen Staaten fordern sie einen zehnjährigen europaweiten Anbaustopp. Die europäischen Regionen fordern ihr Recht auf Selbstbestimmung ihr Recht, selbst entscheiden zu können, was auf ihren Feldern wächst und was auf ihren Tellern landet, ihr Recht auf regionale Ernährungs-Souveränität. Sie fordern den Erhalt der lokalen Vielfalt an Saatgut und traditionellen Sorten, den Erhalt der Agrarvielfalt, die Förderung einer wirklich nachhaltigen Landwirtschaft und regionaler Qualitätsproduktion. Diese Forderungen werden unter anderem Anfang April bei einem Sternmarsch der gentechnikfreien Regionen Europas in Wien vorgebracht. Dieser findet aus Anlass einer Konferenz der Europäischen Kommission statt, die über die Strategien der so genannten Koexistenz transgener, konventioneller und ökologischer landwirtschaftlicher Sorten berät.

Fußnoten

Das Projekt "Gentechnikfreie Regionen in Deutschland" versorgt Initiativen mit Hintergrundinformationen und Beratung rund um aktuelle Fragen zur Gentechnik. Es wird gefördert vom Bundesamt für Naturschutz (BfN). Projektträger sind der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), das Institut für Arbeit und Wirtschaft (IAW) der Universität Bremen und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Der Text ist eine erweiterte und aktualisierte Version eines Textes aus der transregionale Zeitung der gentechnikfreien Regionen Europas. Als pdf-Dokument unter www.gmo-free-regions.org/transregionale.html

.

Fußnoten:

- 1. Nach der Lesart der Europäischen Union ist eine Region die Verwaltungsebene eines Landes unterhalb der Ebene des Nationalstaates. In Deutschland und Österreich sind dies die Bundesländer, in Polen die Woiwodschaften. Sie verfügen in den verschiedenen Ländern über unterschiedliche Kompetenzen.
- 2. Zuletzt hatte Österreich die gentechnisch veränderte Rapssorte mit der Bezeichnung GT73 verboten. Siehe dazu auch kurz notiert, Landwirtschaft und Lebensmittel" in diesem Heft.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in: GID Ausgabe 174 vom Februar 2006 Seite 3 - 5